Stadt Kamen **Niederschrift**

JHA

über die
2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Donnerstag, dem 16.06.2011
im Sitzungssaal II

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:50 Uhr

Anwesend

SPD
- Frau Petra Hartig
- Herr Heiko Klanke
- Frau Annette Mann
- Frau Nicola Zühlke

CDU
- Frau Ina Scharrenbach
- Herr Franz Hugo Weber

DIE LINKE / GAL
- Frau Gabriele Lenkenhoff

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- Frau Alexandra Möller

Stimmberechtigtes Mitglied gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII
- Herr Detlef Maidorn

Stimmberechtigte Mitglieder gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII
- Herr Hans-Jörg Brand
- Frau Regina Henter
- Herr Bernhard Krüger
- Herr Herbert Ritter

Beratende Mitglieder gem. § 5 Abs. 3 AG-KJHG
- Herr Reiner Brüggemann
- Herr Kunibert-Josef Kampmann
- Herr Friedhelm Kock
- Frau Sigrid Köhler
- Herr Gerhard Peske

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. j der Satzung für das Jugendamt
Frau Christina Fiegler
Frau Gertrud Sändker

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. k der Satzung für das Jugendamt
Frau Heike Schaumann

Verwaltung
Frau Katharina Bednarek
Herr Johannes Gibbels
Herr Klaus Güldenhaupt
Frau Janine Klösener
Frau Sabine Köhler
Frau Antje Melis
Frau Susanne Schimanski
Herr Dirk Schmid

Entschuldigt fehlten
Herr Dr. Ingo Arndt
Frau Kathrin Bohn
Herr Manfred Böttcher
Frau Marion Dyduch
Frau Susanne Hartmann
Herr Martin Kusber
Herr Johannes W. Schurgacz

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau **Scharrenbach**, eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung und begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und die Vertreter der Presse.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

Als neues Mitglied wurde Frau Henter als Stellvertreterin für Herrn Schurgacz vorgestellt und sogleich verpflichtet.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Vorstellung von Hilfen zur Erziehung des Allgemeinen Sozialen Dienstes des Fachbereiches Jugend, Schule und Sport	
2	Einbringung des Kinder- und Jugendförderplanes 2011 - 2014	
3	Ferienaktionen für Kinder und Jugendliche	
4	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Vorstellung von Hilfen zur Erziehung des Allgemeinen Sozialen Dienstes des Fachbereiches Jugend, Schule und Sport

Herr **Brüggemann** berichtete, dass sich aufgrund der erheblichen Kostensteigerung im Bereich der Hilfen zur Erziehung das Entwicklungs- und Controllingteam (ECT) mit der Frage der Ursache für die steten Steigerungen der Fälle der Fremdunterbringungen beschäftigt habe. Der Fachbereich mache offensichtlich „alles richtig“. Er wünsche allerdings Transparenz mit Blick auf anforderungsvolle, verantwortungsbewusste und abgewogene Arbeit der KollegInnen im allgemeinen sozialen Dienst (ASD) und die Entscheidungskonsequenzen auch in fiskalischer Hinsicht. Daher habe das ECT entschieden, dass sich der ASD und seine Arbeit im Jugendhilfeausschuss vorstellen solle. Für Anregungen und Wünsche seitens des Jugendhilfeausschusses sei er dankbar.

Anhand zweier Folien ergänzte Herr **Peske** die Einführung von Herrn Brüggemann mit den aktuellen Fallzahlen, sowie der Entwicklung des Haushaltes (Anlage 1).
Im Bereich der Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen werde insgesamt ein Fehlbetrag in Höhe von 140.000 € erwartet. Für Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen innerhalb von Einrichtungen sei mit einem Fehlbetrag in Höhe von 600.000 € zu rechnen. Die Tendenz sei steigend.

Herr **Gibbels** berichtete, dass aktuell insgesamt 20 SozialarbeiterInnen im Sozialen Dienst tätig seien. Dieser setze sich aus dem Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) und den verschiedenen Spezialdiensten (Jugendgerichtshilfe, Pflegekinderdienst, Kindertagespflege, betreutes Wohnen, Erziehungsbeistandschaft, Sozialpädagogische Familienhilfe, Familienservice) zusammen.

Der ASD sei durch das SGB VIII zuständig für die Durchführung von Trennungs- und Scheidungsberatungen, die Unterrichtung und Unterstützung des Gerichtes, die Gewährung von Hilfen zur Erziehung gem. § 27 ff. SGB VIII sowie für den Schutzauftrag bei Kinderwohlgefährdung.

Darüber hinaus sei dem ASD eine enge Anbindung und Vernetzung in den fünf Sozialräumen wichtig. Die Präsenz in Kindertageseinrichtungen und Familienzentren, Schulen, Polizei, Ärzten, Krankenhäuser, Gerichten und Psychiatrien sowie enge Kooperation mit freien Trägern und allen Behörden, die mit Sozialleistungen von Menschen zu tun haben, gehörten zum Alltag.

Ein weiterer großer Teil der Arbeit sei die Betreuung von Kindern, Jugendlichen und Familien in Krisen. Hierzu gehöre ganz besonders auch das Hilfeplanverfahren, dass alle Positionen aufrufe und nach Analyse möglichst passgenau die Jugend- und Familienhilfe flexibel festlege.

Im Anschluss daran wurden von Frau Schimanski, Herrn Schmid, Frau Köhler, Frau Melis und Frau Bednarek jeweils ein Fall vorgestellt, die im aktuellen Jahr Kosten produziert haben. Diese Fälle wurden sorgfältig ausgesucht, um dem Jugendhilfeausschuss deutlich zu machen, welche Schicksale sich hinter einem „Kostenfall“ verbergen.

Frau **Scharrenbach** dankte den Kollegen/Innen für die umfangreiche Präsentation. Sie teilte ihre Wertschätzung für die Arbeit des ASD mit und betonte, wie wichtig eine solche Vorstellung für die Arbeit des Jugendhilfeausschusses sei.

Herr **Klanke** lobte den ASD für die sehr gute Zusammenarbeit. Er hob hervor, wie wichtig eine gute Vernetzung für die gesamte Arbeit sei. Trotz der hohen Arbeitsbelastung stehe das Wohl der Kinder im Vordergrund.

Frau **Möller** machte deutlich, wie wichtig die sehr gute Kooperation mit den Schulen, Kindertageseinrichtungen und Ärzten sei. Nur so können frühe Hilfen installiert werden.

Auf Nachfrage von Frau **Möller** informierte Herr **Gibbels**, dass Familien mit Kindern im Alter von unter zwei Jahren dem ASD sowohl über den Familienservice als auch über Hinweise aus der Nachbarschaft bekannt werden.

Ferner teilte Herr Gibbels mit, dass FamilienpflegerInnen ergänzend eingesetzt werden.

Frau **Schaumann** fragte nach, welches Zeitfenster bei einer Meldung über die Gefährdung des Kinderwohls bestehe.

Herr **Gibbels** teilte mit, dass es ein standardisiertes Verfahren gebe, welches ein Zeitfenster zum Reagieren von „sofort“ bis 24 Stunden vorgebe. Dies hänge von verschiedenen Indikatoren ab, daher seien je nach Situation verschiedene Abläufe vorgegeben. Die Absicherung erfolge dahingegen, dass die Kollegen/innen immer zu zweit in die Familien fahren. Darüber hinaus werden Entscheidungen unter Hinzuziehung des gesamten Teams getroffen.

Er gab bekannt, dass es im Jahr 2010 insgesamt 130 Meldungen gegeben habe.

Pfarrer **Ritter** dankte den Mitarbeitern des ASD, die ständig dem hohen Druck ausgesetzt seien. Er fragte nach, ob Supervision angeboten werde.

Herr **Gibbels** antwortete, dass Supervision ganz gezielt eingesetzt werde, um mit der Belastung besser umgehen zu können und sich gegenseitig zu stärken. Einzelsupervision werde nur in Ausnahmefällen angeboten.

Auf weitere Nachfrage von Pfarrer **Ritter** ergänzte Herr **Güldenhaupt**, dass auch positive Entwicklungen im Bereich der Heimunterbringungen zu verzeichnen sein. Kinder haben eine Chancen auf ein geregeltes Leben. Hierzu gebe es allerdings wenige Studien.

Es gebe über mehrere Generationen Familien, bei denen im Vorfeld klar sei, dass diese Kinder keine Chance haben werden, aus dem entsprechenden Milieu herauszukommen berichtete Pfarrer **Ritter**.

Herr **Gibbels** teilte die Meinung von Pfarrer Ritter. Daher sei der frühe Einstieg in die Hilfen zur Erziehung umso wichtiger, damit diese Kinder einen besseren Weg einschlagen können.

Auf Nachfrage von Frau **Lenkenhoff** erwiderte Herr **Gibbels**, dass es nicht immer erforderlich sei die Kinder sofort aus den Familien herauszunehmen. Er stimmt ihr zu, dass es wichtig sei, dass Nachbarn nicht wegschauen würden.

Herr **Kampmann** sah es als positiv an, dass der Fachbereich Jugend zunächst familienerhaltend arbeite und die Familien ambulant unterstütze. Sollte diese Hilfen nicht erfolgreich seien, würde erst dann eine stationäre Unterbringung erfolgen.

Auf Nachfrage von Frau **Sändker** berichtete Herr **Gibbels**, dass es innerhalb der letzten fünf Jahre jeweils zwischen 12 und 16 Sorgerechtsentzüge gegeben habe.

Zu TOP 2.

Einbringung des Kinder- und Jugendförderplanes 2011 - 2014

Herr **Güldenhaupt** verwies auf die umfangreiche Vorlage aus der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellte noch einmal die drei Projektschwerpunkte in den einzelnen Jugendzentren vor.

Zu TOP 3.

Ferienaktionen für Kinder und Jugendliche

Herr **Güldenhaupt** berichtete, dass – wie im letzten Jahr – ein Ferienfunkalender erstellt worden sei. Über 160 Veranstaltungen werden in den Sommerferien für Jugendliche im Alter von 13 bis 17 Jahren angeboten. Das „Reisebüro“ werde dieses Jahr im Pavillon an der Maibrücke errichtet. Die Gesamtkosten werden auf max. 5.000 € geschätzt.

Nähere Informationen: www.ferienfunkalender.de

Ferner berichtete Herr Güldenhaupt von der Ferienaktion „Mini-Kamen“, die in diesem Jahr zum 10. Mal für rd. 250 Kinder (davon 50 über die VeBU e. V. vermittelt) stattfinde.

Zu TOP 4.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass dem Kreis 2,3 Mio. € im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes für die Beschäftigung von Schulsozialarbeitern zustehe. Davon entfallen voraussichtlich 190.000 € für die Stadt Kamen. Diese Mittel sollen unter Mitwirkung der Schulen verausgabt werden.

Auf Nachfrage von Pfarrer **Ritter** gab Herr **Güldenhaupt** bekannt, dass sowohl Sozialarbeiter, Diplom Pädagogen als auch Berufseinsteiger für eine solche Stelle geeignet seien.

Herr **Brüggemann** kündigte an, dass es aufgrund der bevorstehenden KiBiz-Revision und der damit verbundenen möglichen Elternbeitragsbefreiung für das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung, evtl. möglich sei, die formulierte HSK–Position „Erhöhung der Elternbeiträge“ zurückzufahren.

Auch die angedachte Anpassung der Elternbeiträge - im Rahmen des HSK - für die OGGS könne evtl. zurückgefahren werden.

Anfragen

Frau **Schaumann** fragte an, wie künftig die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr und die bislang gültige Beitragsbefreiung für Geschwisterkinder behandelt werden. Ferner fragte sie an, ob eine Umbuchung auf 45 Stunden künftig möglich sei, oder ob hierfür ein Arbeitsnachweis erforderlich sei.

Herr **Brüggemann** entgegnete, dass die Stadt Kamen zunächst die Entscheidungen des Landes abwarten werde, bevor solche Fragestellungen diskutiert werden.

Frau **Möller** teilte mit, dass durch das Schulrechtsänderungsgesetz das weitere Vorziehen des Stichtages gestoppt worden sei. Sie erkundigte sich, welche Auswirkung dies auf die u3-Ausbauplanung habe.

Herr **Brüggemann** benannte die Geburtenzahlen als Grundlage.
Man müsse die tatsächlichen Bedarfe berücksichtigen und ggf. Korrekturen im Laufe des Kindergartenjahres durchführen, ergänzte Herr **Güldenhaupt**. Die Planungsdaten seien insgesamt zu überprüfen.

Pfarrer **Ritter** merkte an, dass die geplanten KiBiz-Veränderungen wichtig für die Träger seien, da es an vielen Stellen keine Planungssicherheit gebe.

Frau **Lenkenhoff** fragte an, ob es neue Entwicklungen bei der Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes gebe.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass nach zunächst geringer Nachfrage nunmehr eine Steigerung der Anträge zu verzeichnen sei. Genau Zahlen liegen allerdings nicht vor. Man werde im nächsten Ausschuss nochmals dazu berichten.

Frau **Schaumann** informierte, dass das Bildungs- und Teilhabepaket mittlerweile besser angenommen werde, nach dem alle anspruchsberechtigten Eltern angeschrieben wurden.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

gez. Scharrenbach
stv. Vorsitzende

gez. Brüggemann
Schriftführer